

Bezugspreis:

Bezugspreis: Vierteljährlich 1,50 Mk., monatlich 50 Pf., ...

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk u. Zeit“ erscheint wochentags zweimal, Sonntags einmal.

Telegraphische Adressen:

„Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Freitag, den 6. Februar 1920.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Wilhelm & Co. als Diplomaten.

Aus den Erinnerungen des Freiherrn von Eckardstein. Die Veröffentlichungen Kautskys haben uns Wilhelm II. als Geheimpolitiker und wichtigen Rangflossensreiber gezeigt.

Zusammentritt der S. P. D.-Fraktion.

Die sozialdemokratische Fraktion der Nationalversammlung tritt am Montagvormittag 10 Uhr zu einer Sitzung zusammen.

Die neue Note an Holland.

Das „Handelsblatt“ meldet aus London: Betreffend die Auslieferung des ehemaligen Kaisers ist eine neue Note fertiggestellt worden.

Holland und die Auslieferung Wilhelms.

Nach einer Korrespondenz-Nachricht erwiderte in der Niederländischen Kammer auf eine Anfrage des Sozialisten van Kol, ob nicht die Internierung des Kaisers erwünscht sei.

Der Ministerpräsident erklärte außerdem, es bestehe die Absicht, nach dem Beitritt der Niederlande zum Völkerbund das Arbeitsabkommen zu ratifizieren.

Der „Marin“ meldet aus dem Haag, daß die Alliierten in nächster Zeit eine Note an Holland richten werden, in der sie die Auslieferung des Kronprinzen fordern.

Sachsen zur Auslieferungsfrage.

Der sächsische Ministerpräsident Genosse Dr. Gradnauer äußerte sich einem Pressevertreter gegenüber zur Auslieferungsfrage und sagte u. a.:

Man muß sich erinnern, daß die Regierungen in Paris und London von Anfang an zielbewußt darauf hingearbeitet haben, die Schuld am Kriege auf Deutschland abzuwälzen.

big auf das Zustandekommen eines deutsch-englischen Bündnisses gerichtet war, genau kamte, in seinen politischen Tendenzen auf eine für die Sicherheit des Reiches von Grund aus so schiefe Ebene geraten mußte.

Zweifellos spielte bei seiner antienglischen Haltung in der Burenfrage auch das Schreiben mit, dem Staatssekretär Grafen Bülow als natürlichem Anwärter auf den demnächst freierwerbenden Reichkanzlerposten Schwierigkeiten zu bereiten, da er selbst ganz ernstlich auf den höchsten Posten im Reich reflektierte.

Ähnliche unterirdische Einflüsse mochten sich ja auch kurz vor Ausbruch des Weltkrieges bemerkbar machen. Auch nach dem Urteil Eckardsteins verliefen die Verhandlungen zwischen Sir Edward Grey und Fürst Bismarck über ein deutsch-englisches Bündnis hauptsächlich wegen der „frevelhaften Torheit und persönlichen Eifersucht gewisser zurzeit maßgebender Persönlichkeiten im auswärtigen Amt gegen den Botschafter in London“ im Sande.

„In den Reuten, welche aus der in Deutschland vorherrschenden Anglophobie ein Geschäft zu machen suchten, gehörte vor allem eine Anzahl in Südafrika finanziell und wirtschaftlich interessierter Persönlichkeiten, welche danach trachteten, durch Vermittlung und mit Hilfe der deutschen Regierung für teils tatsächlich, teils auch nur angeblich erlittene Schädigungen ihre Interessen von der englischen Regierung die exorbitantesten Entschädigungssummen zu erhalten.“

Also auch hier wird auf die rein egoistischen Eingriffe der Schwerindustrie in unserer Außenpolitik hingewiesen.

weissführung erweist und für alle Zeit dem deutschen Volk die Schuld aufgedrückt werden.

Durch eine Prozeßführung, die eine Verhöhrung jedes wahren Rechtsverfahrens wäre, soll das einzige

objektive Urteil der Geschichtsschreibung

vortrag genommen und zugunsten der Entente festgelegt werden. Werden alle Länder mit den tendenziösen Prozeßberichten überschwemmt, so kann ungehindert an die Ausführung des Gewaltfriedens in allen seinen Abschnitten und Auswirkungen gegangen werden.

Es muß allerdings mit den härtesten

wirtschaftlichen und militärischen Druckmitteln

gedrückt werden, wenn die Auslieferung unterbleibt. Das würde aber in jedem Falle geschehen; die Entente hat durch ihr beharrliches Verlangen ihre Karten endgültig aufgedeckt.

Wenn bei der Auslieferung Schwierigkeiten bereitet würden, so würde es die Entente allerdings so darstellen, als ob die wirtschaftlichen und militärischen Zwangsmassnahmen geradezu herausgefordert würden. Die Sache liegt aber umgekehrt. Erfolgt die Auslieferung nicht, so kann die Kreuzpropaganda nicht erneuert werden und ohne sie würde die Ausführung des Friedensvertrages mit ihrem unendlichen Jammer und Elend von den Völkern draußen nicht mitangesehen werden. Wird die Auslieferung vollzogen, so wird all

das Grauenhafte, was uns heft droht,

latäglich über uns verhängt, die Stimmen zu unseren Gunsten oder würden zum Schweigen verurteilt. Kurz gesagt, wir würden durch die Auslieferung gerade das ermöglichen, was manche sich einbilden, durch sie vermeiden zu können.

Auf die Frage, wie die sächsische Regierung sich stellen werde, sagte der Ministerpräsident, die Auslieferung würde für Jahrhunderte das Märchen von der alleinigen Schuld Deutschlands in die Annalen der Geschichte graben. Ich sehe nicht, wie ich zu solchem Verfahren meine Hand bieten könnte. Ich habe auch Zweifel, daß sächsische Beamte solchen Weisungen folgen würden.

In dieser Stunde, so schloß der Ministerpräsident, kann es

nur einen Weg der Rettung

geben: das deutsche Volk muß sich in voller Einigkeit gegen die unerfüllbare Auslieferung erklären, es muß den wirtschaftlichen und militärischen Zwangsmassregeln ruhige Entschlossenheit und Bereitschaft zu jedem Opfer entgegensehen. Wir müssen die schwere Probe aushalten, nur dann können wir neue Hoffnung fassen.

Der dritte und wohl schwerwiegendste Faktor, der jede vernünftige Außenpolitik Deutschlands unterband, war aber Eckardstein selbst. Eckardstein fällt über ihn das durchaus charakteristische Urteil, daß er in ruhigen Momenten wohl eine klare, zielbewußte und kühne Politik zu treiben imstande war, daß diese Politik aber schon wieder im nächsten Augenblick durch rein persönliche, nur vom Temperament beherrschte Gefühlsregungen durchkreuzt werden konnte.

Er sagt, Lord Salisbury, der ursprünglich die freundschaftlichsten Gefühle für Deutschland besaß, sei, wie er sich selbst ausdrückte, „durch das unverständliche hysterische Gebaren des Kaisers“ in eine verärgerte Stimmung veretzt worden, die er kurz in den Worten zusammenfaßte: „Er sei kein ministre du roi de Prusse, sondern der Premierminister von England.“ Was unter diesem hysterischen Gebaren zu verstehen ist, zeigt ein kleiner Zwischenfall aus dem Jahre 1899. Nach dem großen Jachtrennen im August, in dem die kaiserlichen Jachten glänzend abschnitten, richtete Wilhelm II. an das Komitee der Royal Yacht-Club ein Telegramm, in dem es heißt: „Eure Handicaps sind einfach entsetzlich.“ Es ist klar, daß sich Wilhelm durch derartige Lebenswürdigkeiten in England viel Freunde erwarb. In ähnlicher Weise ließ Wilhelm seine englischen Bettern an der Themse vor den Kopf, als ihn der Prinz von Wales bat, in der Auswahl seines Gefolges bei seinem bevorstehenden Besuche eine kleine Änderung vorzunehmen. Die lakonische Antwort Wilhelms war: „Wenn ich überhaupt diesen Herbst nach England gehe, so nehme ich in meinem Gefolge mit, wer mir paßt.“ Man darf nicht vergessen, daß diese Äußerungen in eine Zeit fielen, in denen die Beziehungen zwischen England und Deutschland dank der Bemühungen unserer Diplomaten an der Themse gerade einmal wieder zu berechtigten guten Hoffnungen Anlaß gaben.

*) Bezugspreis: Paul List, Leipzig.

Wir erinnern uns alle noch an den Pantherdrang nach Agadir, mit dem Wilhelm Deutschlands Lebensinteresse an Marokko betonen wollte und der Deutschland an die Vorherrschaft des Krieges trieb. Um so sonderbarer muß es anmuten, daß der Kaiser noch im Jahre 1899, als zwischen Chamberlain und Edardstein über die Zweckmäßigkeit eines deutsch-englischen Marokko-Abkommens verhandelt wurde, darlegte, er selbst habe nie großes Interesse an dieser Frage genommen.

Diese Beispiele innerer Politik des Temperaments und der augenblicklichen Laune, einer Politik, die zwischen unerhörter Schwäche verantwortungslosen Einflüsterungen gegenüber und bramarbasierendem Ausstrumpfen dem Auslande gegenüber schwankt, mögen genügen, von neuem aufzuzeigen, wo die Kreise zu suchen sind, die Deutschland in den Ruf bringen mußten, eine Nation der Lügner und Barbaren zu sein, eine Nation, mit der Freundschaft zu halten unmöglich war. Und wir wollen gerade in diesen Tagen, wo die ersten Anfänge eines deutschen Wiederaufbaus und einer Wiederanknüpfung der internationalen Beziehungen trotz aller Gewitterwolken schlichtern in weiter Ferne aufleuchten, uns stets dessen bemüht sein, daß all das nicht möglich ist, wenn wir nicht diese wahren Feinde Deutschlands abzuschütten und fernhalten vermögen.

Provokationen.

In einer Versammlung von Pressevertretern hat am Donnerstag ein Vertreter der Regierung klar und entschieden vor Provokationen gewarnt, die lediglich nur geeignet sind, die Entente zur äußersten Hartnäckigkeit aufzufachen und jedes sachliche Entgegenkommen in der Auslieferungsfrage zu hintertreiben.

Für die alldeutsche Presse ist diese Warnung allerdings in den Wind gesprochen. Ihr kommt es offenbar nicht so sehr darauf an, die Demütigung Deutschlands durch die Auslieferung zu verhindern, als die Sache für sich parteipolitisch auszufalachen. Jemandem ausrangierter Offizier macht von sich reden, indem er in der Presse auffordert, zum Protest die Eisernen Kreuze anzulegen. Wir lassen dem Mann sein Vergnügen, aber unerhört ist es, wenn die „Deutsche Zeitung“ die Anforderung an auffälligster Stelle mit der großen Ueberschrift wiedergibt: „Wir waren die Sieger!“ In Frankreich liest man so etwas natürlich als: Wir fühlen uns als Sieger und aus Siegesübermut heraus verweigern wir die Erfüllung des Friedensvertrages. — Klaut Herr Bulle der Schriftleiter der „Deutschen Zeitung“, verhofft, daß solche Ueberschriften die Entente nachgiebiger stimmen werden?

Aber Herr Bulle neht das Parteigeschäft über alles. Die männlichen Worte die Genosse Kossle zu einem Vertreter der „Daily Mail“ geäußert hat, verfiel er mit der höhnischen Ueberschrift: „Kossle empfangt einen Vertreter der Daily Mail!“ Darüber steht eine Notiz mit der Ueberschrift: „Erzbergers Schuld an der Auslieferungs-Schmach.“ Die Parteiluppe brodelt. Das selbe Blatt, das den Mund nicht voll genug nehmen kann von Wankern über bössches Umfinden und deutsche Solidarität, bekommt im Ernstfall nichts anderes fertig, als eine Frage, an der wirklich alle Deutschen interessiert sind, in Kleinliches und gehässiges Parteigeschäft aufzulösen.

Die republikanische Regierung fragt nicht nach der politischen Stellung der meisten Herren, die auf der Liste stehen, sie vertritt einfach den internationalen Rechtsstandpunkt. Wenn man aber jetzt die „Deutsche Zeitung“ liest, so bekommt man doch einen gelinden Zweifel, ob dieses Blatt sich auch noch so stark über Schmach und Ehre der Auslieferung erregen würde, wenn anstatt Tirpitz und Lubendorff Erzberger und Scheidemann auf der Liste ständen. Bei den alldeutschen Schlägern, die nach dem Attentat auf Erzberger nur dafür Bedauern hatten, daß die Augen des Attentäters nicht tödlich wirkten, wird man sogar ohne weiteres voraussehen

müssen, daß sie trotz allen bösschen und nationalen Getues der Entente ihre politischen Gegner jeden Tag mit höhnischen und lächelnd präsentieren würden.

Also wie gesagt: Die Herren Alldeutschen mögen nichts Uebermenschliches von uns verlangen. In dem auszuliefernden politischen Gegner trotz allem zuerst den Volksgenossen zu sehen, ist möglich und erfüllbar. Wenn man dann aber erkennt, daß die eigenen Freunde der Auszuliefernden die ganze Sache mit ganz anderen Augen betrachten, daß sie die schwere Krise als profitliches parteipolitisches Geschäft ansehen, dann muß solche Erkenntnis sehr abkühlend auf jegliches Solidaritätsgefühl wirken. Schließlich ist zu bemerken, daß von einer „Solidarität“ mit jenen Personen, die wirklich gemeine Verbrechen begangen haben, natürlich keine Rede sein kann.

Die Kritik der Illusionspolitiker.

Die „Voss. Zig.“ übt an den im Freitag-Morgenblatt veröffentlichten Erklärungen des Reichswehrministers Kossle gegenüber dem Korrespondenten der „Daily Mail“ Kritik und bemängelt insbesondere, daß nicht schon früher die nötigen Schritte zur Beilegung der in der Auslieferungsfrage drohenden Gefahren getan worden seien.

Es kann nicht überraschen, daß gerade die „Voss. Zig.“ bei ihrer auf Illusionen beruhenden Auslandspolitik einen derartigen Kommentar machen zu müssen glaubt. Es ist längst bekannt, daß sie in der auswärtigen Politik grundsätzlich alles besser weiß, nie aber klare Vorschläge macht, was geschehen müsse.

Demgegenüber muß betont werden, daß von den maßgebenden Stellen jede sich bietende Gelegenheit benützt worden ist, um insbesondere mit Franzosen und Engländern in der eingehendsten Weise über die Auslieferungsfrage zu sprechen. Es sind immer dieselben Argumente geltend gemacht worden, und wenn bisher überhaupt irgendetwas auf die Alliierten Eindruck zu machen imstande gewesen wäre, so müßte es längst geschehen sein. Es verdient hierbei ausdrücklich hervorgehoben zu werden, daß eine große Anzahl ausländischer Persönlichkeiten den Standpunkt der Regierung durchaus anerkannt hat, diesen aber bei ihren leitenden Stellen leider nicht hat durchsetzen können.

Kunge doch haften lassen.

In der Angelegenheit der Ostentlassung des Jägers Kunge erfahren die V. P. R. von unrichtiger Seite, daß für diese keine militärische Stelle, sondern die Staatsanwaltschaft Kottbus verantwortlich ist. Kunge ist am 20. Januar aus der Sächsischen Reichsanstalt Berlin in das Strafgewandnis Kottbus übergeführt worden. Auf Grund ärztlichen Gutachtens ist er infolge schwerer Kränklichkeit nach einer Kopfverletzung als nicht haftfähig erklärt worden. Das Verhängnis in Kottbus hat deshalb bei der dortigen Staatsanwaltschaft beantragt, die Ostentlassung Kunges zu veranlassen, woraus die Staatsanwaltschaft eine Unterbrechung der Strafvollstreckung verfügt hat. Kunge ist daraufhin aus der Haft entlassen worden, er muß jedoch jeden Aufenthaltswechsel anzeigen.

Kunge ist also doch aus der Haft entlassen. Angesichts dieser Tatsache müssen wir unser lebhaftes Bedauern darüber ausdrücken, daß unsere erste Meldung hierüber von Seiten des Reichswehrministeriums in so kategorischer Weise dementiert wurde. Nach dem Sachverhalt ist zwar klar, daß das Reichswehrministerium an der Ostentlassung von Kunge uneteiligt ist, aber nicht auf diese Feststellung kam es zunächst an, sondern auf die Tatsache, ob sich Kunge in Haft befindet oder nicht. Die Stelle, welche die Haftunterbrechung verfügt hat, interessiert erst in zweiter Linie. Nach der und zunächst jurell geordneten amtlichen Auskunft mußte aber angenommen werden, daß Kunge im Gefängnis Kottbus weiter seine Strafe verbüße. Es ist ohne weiteres zugew

geben, daß das Reichswehrministerium von der Tatsache der Haftunterbrechung nicht unrichtig war dann war aber immer noch die uns erteilte Auskunft vornehmlich.

Zu der Tatsache der Ostentlassung selber können wir nur nochmals auf das verweisen, was wir zu der ersten Meldung in Nr. 63 des „Vorwärts“ geschrieben haben. Besonders auffallen muß es, daß Kunge sich zuerst in Berlin aufhält. Wenn er auch seinen Aufenthaltort angeben muß, so ist doch gerade eine Million an der besten Ort, wo ein Mensch un auffällig verschwinden kann. Wir fordern nunmehr, daß der Justizminister, zu dessen Zuständigkeit die Angelegenheit gehört, die Sache auf das genaueste untersucht und rechtzeitig die nötigen Anordnungen erläßt, ehe Herr Kunge etwa verschwunden ist.

Wandlung des Grafen Montgelas.

(„Berliner Tageblatt“ Nr. 2 vom 2. Januar 1920.)

Zur Frage der Auslieferung.

Von Graf Max Montgelas.

Graf Max Montgelas, der 1914 als General am Einmarsch in Frankreich teilnahm, sendet uns die nachstehende Zuschrift:

Der Entschuldigungsbrief von Versailles ist keine Ehre für die, die ihn diktiert haben. Eine Bestimmung, die so am meisten belastet, ist die der Auslieferung. Als am 28. Juli 1914 das noch Form und Inhalt tief verlebende Ultimatum in Belgrad übergeben war, entsetzte sich die Welt am meisten über den höchsten Punkt der Forderungen, daß an der Interlokution gegen einige, der Missetaten an einer Modest verdächtige serbische Beamte und Offiziere vor den eigenen zuständigen Gerichten auch Organe der österreichisch-ungarischen Regierung teilnehmen sollten. Von Deutschland aber wird verlangt, daß es Hunderte, vielleicht Tausende seiner Staatsangehörigen fremden Gerichten überantwortet.

Die Geschichte aller Zeiten kennt ähnliches Unrecht nicht. Trotzdem, wie die Dinge liegen, das Gebot der Ehre wird lauten: Jeder Geforderte stelle sich. Keiner von uns, die wir im Feindesland standen, kann wissen, ob sein Name in der Liste enthalten sein wird, bei deren Zusammenstellung Nachsucht und Nachgiebigkeit gegen sensationellere Zusätze mitgewirkt haben.

Rindisch und feige wäre es, zu fliehen oder sich zu verbergen. Gewalttätiger Widerstand aber bedroht das Vaterland mit neuen, schweren Gefahren und trägt Zwiespalt in die Reihen unseres Volkes.

Wer, in Kriegsgefangenschaft, wirklich gefühlt hat, der sei Mannes genug, dafür zu kämpfen. Wer schuldlos ein Opfer wird der erbärmlichsten Gefühle, die noch je ein Gegner gegen den Gegner empfand, der rechne es sich zur Ehre an, für sein Volk ungerecht zu leiden.

Daß die feindlichen Regierungen, die allen Angehörigen nach in kurzfristiger Verblendung die Feindschaft zwischen den Völkern zu verewigen trachten, pfirscherhaft die Missetaten der eigenen Seite bedenklicher Strafe entziehen wollen, sei kein Hinderungsgrund. Das Urteil der Geschichte wird hinwegschreiten über den aussichtslosen Versuch, der Wahrheit dauernd den Weg durch Vajonette zu versperrern. Der furchtlose Kämpfer für Völkergerechtigkeit hat für solche Heuchelei nur Verachtung. Verachtung, nicht Hoch sei das Leitmotiv des Protestes, mit dem wir alle, wenn es wirklich dazu kommt, denen gegenüberzutreten wollen, die in ihren verwirrten Rechtsbegriffen sich anmaßen, gleichzeitig Kläger und Richter zu sein.

(„Berliner Tageblatt“ Nr. 67 vom 6. Februar 1920.)

Eine Ausgeburt des Wahnsinns.

Wenn der Irrsinn, mit dem die Welt seit einhalb Jahren von einer Handvoll verblendeter Gewaltpolitiker regiert wird, noch einer Steigerung fähig war, so wurde das durch die „Auslieferungskliste“ erreicht.

Ich weiß nicht, welcher Montgelas es ist, der wegen angeblicher Verbrechen in Frankreich gefordert wird. Ich erkläre aber schon jetzt, daß die von mir Anfang Januar angeregte freiwillige Stellung bei der alle Begriffe übersteigenden Ungerechtigkeit der Liste nicht mehr in Frage kommen kann.

Graf Max Montgelas.

Erziehen nicht Privatsache!

Die Erregungen der politischen Kämpfe branden bis in die Schule und haben Vorkommnisse geschaffen, die bis zur Tragik heran führen. Hier heißt es Dämme aufwerfen. Die Säuglinge sind kleine Leiber, viele Eltern. Aber nur Lehrer und Eltern können gegen das Uebel anbauen. In der Zeitschrift „Mutterhaus und Schule“ mahnt Dr. Richter:

In der Sorge um das geistige und leibliche Wohl der Kinder gibt es tausend Fragen, die mit Parteien nichts zu tun haben und nur sehr wenige, die trennend wirken können. Es gibt tausend gemeinsame Sorgen, die aller Väter und aller Mütter innigste, herzerfüllte Angelegenheit sind, und nur sehr wenige, die die Geister scheiden. Und meist nur deswegen scheiden, weil die Erwachsenen nur an sich und ihre vorzugsweisen Meinungen und Rechthabereien denken. Sie vergessen gar zu leicht, daß sie gar kein Recht haben, die Kinder in ihren Streit hineinzuziehen und daß ihre einzige, aber unabweisbare heilige Pflicht ist: sich zu einem in der Fürsorge dem friedlich gewissenhaften Bemühen, schlicht und einfach das Beste zu tun, was man tun kann für die Kinder, für die Schule.

Dafür wollen wir also arbeiten, daß Schule und Elternhaus sich finden, daß jeder Teil alles, was Erwachsene wohl trennt, juristisch, und vor sich immer nur das Kind sieht, das mit verzerrtem Auge und Herzen vor ihm steht, auf seine Hilfe, seine Fürsorge, seine Liebe baut, an sie glaubt und das in jedem Tag, jede Stunde jährt: Was gehen uns eure Streitigkeiten an? Welches Recht habt ihr, das stille, heimliche unschuldige Wachsen unserer Seele zu stören mit dem lauten, rauhen Getöse eurer Streitigkeiten? Welches Recht habt ihr, uns wie Rechenpfennige einzufügen in das eiskalte Getriebe und Geschlebe auf den Nebenbetrütern eurer Rechthabereien? Wir wollen gar nichts als eure reine, fürsorgliche, unberechnete Liebe! Dafür seid ihr uns gegenüber verpflichtet, ihr Eltern, ihr Lehrer!

Ein alter Bierfahrer Bruno Wille sendet uns ein Schreiben, das als offener Brief sagen möchte, was langjährige enge Arbeit an hohen Stellen empfindet. Wir wollen dem Briefe um so lieber einen Platz geben, als er auch erkennen läßt, wie der „Vorwärts“ sich hielt, als Bruno Wille vor dreißig Jahren den Kampf für seine Sache begann. Der Schauspieler Hermann Paris vom Stadttheater ist der Gratulant. Er wurde feierlich bei Gründung der Freien Volkshöhne als Mitglied des Vereins „Durch“ und als einziger Schauspieler zu allen Vorbereitungen zugezogen und hat dann auch persönlich bei der Eröffnungsvorstellung als Vortragsredner und in der Rolle des Johannes Tönien („Sünden der Gesellschaft“) mitgewirkt. Aus übermühter Lust, was er in Berlin an den alten Freund schreibt:

Wieder Wille die Freie Volkshöhne feierte am 1. Februar Deinen schicksaligen Geburtstag und da sollte ich mitun, wenn Kran-

heit mich an persönlichen Erscheinen nicht hinderte. So große ich denn zu einer Soloktion und leiste meinen Glückwunsch wohl am herzlichsten ein, weil's mir wohl nur noch allein zusteht, durch ein „Weiß Du noch!“ Dies soll sowohl mit Bezug auf die Freude nach dem Weingarten der ersten Vorstellung, die mir in der dortigen Wohnung durch einen Umzug feierten, als auch mit Bezug auf die Gründungsfeierlichkeiten die heute gefeiert sind. Schwierigkeiten wurden dir damals von allen möglichen Seiten gemacht, die Presse nicht ausgenommen, obgleich die in dem damaligen Redakteur des „Vorwärts“, Herrn Curt Waack, ein kräftiger Kämpfer erstanden war. Der feste und zuverlässige Verteidiger Deiner Ansichten und Ideen blieb aber Dein lauterer Charakter, der, wie er den Freundeskreis fest um Dich bannte, nun bald die große Volksmenge um Dich sammelte und festhielt, weil jedes einzelne Mitglied der Freien Volkshöhne der Überzeugung war, daß ihm von diesem Vorhaben nur Gutes kommen könne. So ist es auch wohl bis auf den heutigen Tag geblieben, denn die Freie Volkshöhne hat in dem Reichen „Bruno Wille“ fest auf der ganzen Linie und bringt dir als Dank zu Deinem Geburtstag ihre Glückwünsche dar, denen ich die meinigen angeschlossen in Treue und Herzlichkeit. Dein alter Hermann Paris.

Völkerrrecht und Unterricht. Der Völkerrrechtgedanke muß Angelpunkt des außenpolitischen Denkens werden. Die völkerrechtliche Abteilung der Deutschen Liga für Völkerrecht hat mit Bezugnahme auf Artikel 148 der Reichsverfassung an das preussische Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung sowie an das Reichsministerium des Innern den Antrag gerichtet, in den höheren Schulen und Volkshochschulen möge den völkerrechtlichen Fragen und Aufgaben unserer Zeit eine Stelle gewährt werden. Dr. Hans Wehberg hat hierzu eine begründende Denkschrift ausgearbeitet. Er fordert Berücksichtigung des Völkerrichts in der Ausbildung der Lehrer an höheren Schulen, besonders aber der künftigen Lehrer für Staatsbürgerkunde. Er schlägt sich hierin an die Denkschrift an, die zu dieser Frage Prof. Rothbrun und Prof. Kühnemann herausgegeben haben. Für die Fortbildung der bereits im Amte stehenden Lehrer möchte er kurze eipendliche Lehren, die seinen Gedanken Richtung tragen. Auch die Lehrerseminare — als Bildungswstätten der zukünftigen Volkshochlehrer — müßten berückichtigt werden. Es fehlt und vor allem an einer „freien Hochschule für politische Wissenschaften“, wie sie Frankreich in der „Ecole libre des sciences“ besitzt. Am Schluß seiner Denkschrift macht er Vorschläge für die Berücksichtigung des Völkerrichts im Rahmen des jetzt bestehenden Unterrichts, vor allem des Geschichts- und Geographieunterrichts.

Dr. Ains, Unter den Linden. Der Saal ist ziemlich gefüllt. Auch einige amerikanische Soldaten haben Platz genommen. Die Ordnerinnen weisen weitere Plätze an und Verkäuferinnen bieten ihre Ware an. Schokolade gefällig? Einige, wenige kaufen etwas. Darunter auch die amerikanischen Soldaten. — „Was kostet die Welt?“

Der Saal verdunkelt sich. Einmal der unzähligen „Detektivdramen“ gelangt zur Vorführung. — Zur Aufmachung und Postur

und — anders geht es wirklich nicht — der Detektiv ist ein gewisser Mr. X. aus Amerika. Seine Stummelpeife rauchend, verpörrt er uns das Bild und weiß wohl selbst nicht, was er „auszubedenken“ hat. Trotzdem, am Schluß, unter dem Beschall der trübseligen Zuschauer, große Ehrung des Detektivs. Auch die amerikanischen Soldaten zeigen, schmunzelnd ihre Schokolade essend, ihre Zufriedenheit mit den Deutschen. — Die Kapelle spielt zum soundso piesten Male einen „echten“ — „Dante Cole Ball“ — — — „Idioten!“

Ein deutscher Künstlertag. Eine große Anzahl Berliner Künstlerverbände, darunter Verein Berliner Künstler, Sezession, Allgemeine deutsche Kunstgenossenschaft, fordern zu einer Aussprache der deutschen Künstler auf. Man plant die Begründung der oft gewünschten allgemeinen Vertretung der deutschen Künstlerkraft.

Theater. In der Volkshöhne sind bei der Eröffnungsvorstellung von Friedrich Hebbel's „Gedee und Idu King“ am 12. Februar die Hauptrollen wie folgt besetzt: Konstantin — Ernst Siebel-Rothbar, Adolphe — Ray Dietrich, Boges — Günter Habant — Im Schiller-Theater findet am nächsten Freitag die erste Aufführung von Tolstois „Die Macht der Finsternis“ statt. — Die Uraufführung der Oper „Der Grobbel“ im Deutschen Opernhaus beginnt schon um 6 Uhr. — In dem am Montag im Großen Schauspielhaus stattfindenden Gesellschaftsabend gelangt am Ende der „Höfen Baden“ Reizvolle sinattige Trauettie „Kubitz und Dolo-Jernes“ zur Darstellung.

Begleitend Theateranbahn, die vorbereitet sind, soll nach einer vom Minister Helmke dem Goethebund erteilten Mitteilung hinfort in dergegangenen werden, daß besonders geeignete Vorkämpfer mit der Ueberwachung der Vorstellungen betraut werden, die sofort eingreifen könnten.

Ein Vortragabend über Filmreform wird am 10. Februar, abends 7 1/2 Uhr, von der Sozialfilm-Gesellschaft veranstaltet. Als Hauptredner werden genannt Stefan Lux und Josef Wollma. Freie Aussprache.

Lesüre und Vorträge. Im Berliner Frauenklub, Gendarmen-Str. 13 L, spricht am 10. Februar, abends 7 1/2 Uhr, Viktor H. Brande über: „Der Wert der Lesüre in den verschiedenen Lebensaltern“. Aussprache.

Fräulein Kollhoff spricht am 8. Februar 4 1/2 Uhr in der Berliner Sezession, Anhalterbahn 222, Vilmshofen, Traut, Paschke, Radat, Boe, zehn Sonette aus dem alten Testament von Otto Ernst Heise zu dem Holzschitten von Konrad Bier.

Expressionistischer Nachmittags. Am 8. Februar, pünktlich 4 Uhr, veranstaltet die Arbeiter-Kunstvereinsgruppe in der „Stadthalle“ (Eingang Kottbusstraße) einen Kunstausstellung. Dr. Adolf Böhne hält einen Vortragsabend über: „Die neue Kunst“. Ernst Friedrich rezipiert erste und weitere expressionistische Dichtungen. Unkostenbeitrag 1.50 M.

Ludwig Garbi spricht in der Berliner Sezession: Sonntag: Heinz (besonders politische und letzte Gedichte); Montag: I. Jean Paul, Goethe, Claudius, II. Karl Kraus, Wedekind, U. Zai-De. Dienstag: Heine und Hebel. Donnerstag: Umanistische Gedichte; von Hauptmann, Dörmann, Börges.

Der Friedensvertrag prämisiert! Er hat nämlich, wie der „Mercur de France“ mitteilt, den von einer Gruppe französischer Schriftsteller Ende vorigen Jahres gestifteten Preis erhalten, der bestimmt ist — für das höchste Buch des Jahres.

„Freiheit“ und „Rote Fahne“ erscheinen wieder

Der Reichswehrminister hat angeordnet, daß von Montag ab „Freiheit“ und „Rote Fahne“ wieder erscheinen dürfen. In der Verfügung wird hervorgehoben, daß jedem Versuch, die innere Ordnung in Deutschland zu stören, nach wie vor nachdrücklich entgegengetreten werden wird.

Vertagung der preussischen Landesversammlung.

Der Kabinettsrat der Landesversammlung beschloß, daß die Plenarsitzungen Freitag bis zum 18. Februar vertagt werden, da die Landesversammlung nicht die Aufgabe haben kann, auf die Dauer des Parlaments des Reiches in wichtigen politischen Fragen, wie in der Auslieferungsliste, zu verhandeln.

Zu Beginn der heutigen Plenarsitzung teilte Präsident Veitner mit, daß der Abgeordnete Eugen Sellin (Sog.) auf der Reise von Danzig nach Berlin im Eisenbahnzuge einem Herzschlage erlegen ist. Sodann begründete der Abgeordnete Graf Kanitz (Dnl.), die von seiner Fraktion und den Sozialdemokraten gemeinsam eingebrachte förmliche Anfrage über die Befreiung des Eisenbahnverkehrs von Ostpreußen nach dem Reich durch die Schienen der Polen.

Kessel vor Gericht.

Am heutigen Freitag Morgen begann der Prozeß gegen Hauptmann v. Kessel vor dem Gericht der 1. Garde-Division in der Rehrer Straße. Die Leitung hat Kriegsgeschichtsrat Ehrhardt, während als Anklagevertreter Kriegsgeschichtsrat Dr. Ullmann fungiert. Als Beisitzer des Gerichtes waren Oberleutnant Franz, sowie die Landsturmlaute Döhler und Feller gewählt worden. Kurz vor 10 Uhr eröffnete Kriegsgeschichtsrat Ehrhardt die Sitzung und teilte zunächst mit, daß nach den ihm gemachten Mitteilungen der Angeklagte, Oberleutnant v. Kessel, am 1. Februar befördert und aus dem Saare ausgeschieden sei. Es sei fraglich, ob in diesem Fall die Beförderung überhaupt durchgeführt werden könne, da nach der Militärstrafgesetzbuchordnung als Beisitzer ein Hauptmann fungieren müsse. v. Kessel erscheint dann kurz vor 10 Uhr und nimmt zwischen seinen Verteidigern, Dr. Lisberg, Berlin und Luetge-Brune-Göttingen, Pich.

Nach

Verlesung der Anklage

erfolgt dann der Zeugnisausspruch. Es erfolgt dann die Verlesung der Verlesung, die auf Befragen des Vorsitzenden, ob sie den Eid noch der alten oder der neuen Formel leisten wollen, sich für die alte Eidesformel entscheiden. — Kessel ist in die Sicherheitspolizei als Oberleutnant eingetretten unter der Voraussetzung, daß er bei der Verabschiedung aus dem Saare zum Hauptmann befördert werden sollte. Ähnlich ist ihm aber eine solche Beförderung noch nicht mitgeteilt worden. — Der Vorsitzende erklärt darauf, daß er danach keine Bedenken gegen die jetzige Verlesung des Gerichtshofes habe. Es erfolgt sodann

die Vernehmung des Angeklagten.

Der Vorsitzende erkundt den Angeklagten, bei seiner Aussage zum besseren Verständnis für die Laienrichter eine Trennung zwischen den tatsächlichen Vorankommen, seinen Angaben in der Vernehmung vor Kriegsgeschichtsrat Dr. Reher, den in dieser Vernehmung gemachten Behauptungen und schließlich über die Beweggründe zu seiner Handlung zu machen.

Angeklagter v. Kessel: Im Karloß-Prozeß ist festgestellt worden, daß ich die Ausführungsbestimmungen für das Unternehmen in der Französischen Straße nicht selbständig gegeben habe, da ich zu der fraglichen Zeit außerhalb Berlins weilte. Karloß, der Führer in meiner Staffel, hat das Unternehmen selbständig vorbereitet. Als ich an dem fraglichen Tage auf das Bureau kam, erhielt ich unmittelbar darauf von Herrn Oberst Reinhard einen Anruf, weil die Sache nicht in Ordnung war. Ich gab diese Mitteilungen weiter und forderte Herrn Leutnant Weismeyer zu Karloß, nach der Französischen Straße. Nach mehreren Stunden kam Karloß zu mir und erzählte mir, daß er 50 Motoren habe erschießen lassen. Auf meine Frage, warum, wies Karloß auf die auch mir bekannten Erlasse und Bestimmungen hin, und fügte hinzu, er habe ja im übrigen auch von Herrn Oberst Reinhard und von mir besondere Anweisungen erhalten.

Ich trat sofort dieser Behauptung entgegen und sagte ihm, daß mein Befehl nichts anderes habe heißen sollen als: „Miß die selbst

nach von der Waffe Gebrauch,

erschleße, was nach den Bestimmungen und Erlässen zu erschließen ist.“ Ich bestreite aber entschieden, daß ich den bloßförmigen Wortlaut, den Herr Leutnant Weismeyer gebraucht hat, diesem gegenüber angewendet habe. — Hier unterbricht der Vorsitzende den Angeklagten mit dem Hinweis, daß es gegen ihn wegen Beihilfe zu den Erschießungen Anklage nicht erhoben worden sei.

Auf Antrag des Angeklagten wird dann der Einhellungsbeschluss gegen Oberleutnant v. Kessel, wegen Beihilfe zu den Erschießungen verlesen. Das Verfahren gegen v. Kessel ist eingestellt worden, weil nach der umfangreichen Zeugnisaufnahme objektiv ein Befehl zur Erschießung durch den Angeklagten nicht vorliegt. Zwischen Karloß und mir war bis Ende Mai, obwohl wir 60 bis 60 Mal über den Fall gesprochen hatten, nie die Rede davon, daß ich den

Befehl zur Erschießung

gegeben hätte. Wir gingen auf Empfehlung des Staatsanwalts Weismann zu Justizrat Berthauer und dieser gab sich die größte Mühe aus Karloß herauszubekommen, weshalb er die Erschießungen vorgenommen habe. Es muß hier gesagt werden, daß Karloß in der Französischen Straße seine Befehle weit überschritten hatte. Er ist nicht allein gegen die Volksmarinadivision, die als minderwertigen Elementen behand, vorgegangen. Es befanden sich auch Unschuldige darunter, und so hat Karloß menschlich schweres Unheil angerichtet. Wäre nicht Schneider und Rahlmeier unter den Getöteten gewesen, so hätte ich, als sein Vorgesetzter, leichter für Karloß eintreten können. Ich wollte aber auch einen mir unterstellten Offizier nicht fallen lassen und ich wollte auch eine mir aus Herz gewachsene Organisation, der nach meiner Ansicht Berlin seine Weiterentwicklung verdankt, nicht durch Aufstellung des Prozeßes kompromittieren. Kam es zu diesem Prozeß, so mußte er unabweisbare Folgen für uns Soldaten haben!

Vors.: Sie sagten eben, Karloß habe Unschuldige erschossen. Das ist doch ein Widerspruch zu Ihrer vorausgegangenen Behauptung. — Angekl.: Karloß glaubte ja eben, den Befehl zu haben, so zu handeln, wie er gehandelt hat. Mein Gefühl ging dahin, Karloß für einige Zeit untertauchen zu lassen. Er sollte gar nicht ins Ausland gehen, er sollte sich innerhalb Deutschlands verstecken. Vors.: Wann haben Sie zuletzt sich damit beschäftigt?

Karloß verschwinden zu lassen?

Angekl.: Das war etwa Mitte Mai. — Vors.: Welche vorgesehene Dienststellen haben Sie denn vorzusehen? Karloß zum Beispiel zu bewegen? — Angekl.: Ich will hier nicht den Anschein erwecken, als ob es die nötigen Zeugnisse gäbe, welche hierüber aussagen können. — Vors.: Sie wollen also die Namen Ihrer

Vorgesetzten nicht nennen? — Angekl.: Nein. Ich sagte zu Karloß, ich würde ihm auch einen Auslandspaß geben, falls die politischen Verhältnisse sich verschlimmern sollten. Ich sagte zu Karloß:

Wenn Sie weggehen, wird für Sie gesorgt werden.

Wir trafen damals Reichsanwalt Kanitz nicht an, und Karloß sagte da plötzlich zu mir, sei bereit, Karloß sei der Ansicht, Karloß werde im Prozeß glatt durchkommen und er denke gar nicht daran, wegzugehen. Ich sagte zu ihm: Ich wünsche Ihnen ja alles Glück für die Verhandlung, aber daß Sie freikommen, glaube ich nicht. — Vors.: Das ist ein Widerspruch, vorhin sagten Sie anders. — Angekl.: Die erste Behauptung lag zeitlich zurück, und man ändert doch schließlich seine Ansichten. Karloß sprang mir nun plötzlich mit folgender Behauptung ins Gesicht: Ja, wenn ich so nicht durchkomme, dann muß ich mich auf Ihre v. Oberst Reinhard's Befehle berufen. Ich war platt. Nach drei Monaten suchte Karloß, in die Enge gedrängt, nun plötzlich nach einem Schuldigen. Ich brach das Gespräch ab, und das war der Grund unseres Zerwürfnisses. Ich wollte mir die Schuld nicht aufhalsen lassen. Am nächsten Tage kam Karloß zu mir in's Bureau und wir besprachen die Sache noch einmal. In dem Punkte der Befreiung hielt ich an meinem Standpunkt fest. Ich sagte zu Karloß: Wenn Sie weggehen, befaßen sich aber erst einmal die Gerichte mit der Sache, kann ich Ihnen nicht mehr helfen. (Fortsetzung in der Morgen-Ausgabe.)

Wirtschaft.

Gemeinschaftskredit und Gemeinschaftsverkauf.

Eine höchstinteressante Gründung wurde vor kurzem vollzogen, die Deutsche Industrie-Treuhand A.-G.

Auf Anregung von Direktor Alfred Mann (Mannheim), dem ersten Vorsitzenden des Vereins Deutscher Wirte E. V., und unter Führung der deutschen Wirtenschaft ist am 30. Januar d. J. in Berlin die Deutsche Industrie-Treuhand A.-G. mit 12,5 Millionen Mark Kapital gegründet worden. Beteiligt an der Kapitalaufbringung ist in der Hauptsache die deutsche Wirtenschaft in allen ihren Gruppen, daneben andere Zweige der deutschen Textilindustrie und sonstige Gruppen der deutschen Ausfuhrindustrie. Zweck der gegründeten Gesellschaft ist die Beschaffung von Auslandskredit und Halbfabrikaten. Alleiner Vorstand der Gesellschaft ist Generaldirektor Adolf Weidel (Waltrodenburg).

Diese gemeinschaftliche Kreditbeschaffung auf der Grundlage gemeinschaftlicher Haftung wird in unserer zukünftigen Wirtschaftsgeschichte eine hervorragende Rolle spielen. Die notwendige starke Heranziehung des Kapitals durch steuerliche Belastung zur Deckung der Reichsausgaben vermindert naturgemäß die Betriebsmittel der Unternehmungen. Folglich wird an die Stelle des Personalkredits der Gemeinschaftskredit treten müssen. Diese Zusammenschlußbewegung ist aber ein wichtiger Schritt vorwärts zur Organisation der Wirtschaft. In der organisierten Produktion wird an Stelle privater Kapitalisten die zusammengefasste Fachgruppe die Produktionsmittel unter Kontrolle des Staates beschaffen und verwalten. Da die Wirtschaft jedes Volkes auf den Austausch von Diensten beruht und der Reichtum an Gütern und Kulturwerten allein von den Dienstleistungen, von der Produktionsleistung abhängt, so ist privates Kapital völlig entbehrlich, wenn der Austausch der Dienste richtig organisiert ist. Kapital dient nur dazu, daß eine Obermacht, die Kapitalbesitzer, sich aus dem Markt der Dienste herausziehen und eben andere für sich arbeiten lassen können. Die höchste Wohlhabendheit kann ein Volk aber nur dann erreichen, wenn möglichst alle produktive Arbeit leisten und möglichst wenige Nichtarbeiter oder Arbeiter an überflüssigen Dingen von den produktiven, nur Werte schaffenden Arbeitern miterhalten werden müssen.

Eine andere interessante Gründung bereitet sich vor, eine

Verkaufsgemeinschaft für Eisenbahnbaumaterialien.

Mit der Frage der Bildung eines neuen Verbandes für Eisenbahnbaumaterial haben sich die Vertreter zu wiederholten Malen nach der Auflösung des Stahlwerksverbandes beschäftigt. Die Rheinischen Stahlwerke haben im Laufe der weiteren Verhandlungen einen Vorschlag gemacht, eine Verkaufsgemeinschaft der in Betracht kommenden Werke für den gesamten Bedarf der deutschen Staatsbahnen zu errichten. Dieser Verband soll also nicht nur Eisenbahnbaumaterial wie Schienen und Schwellen, sondern auch Träger, Stäbe, Röhren, Kleinschienen usw. umfassen, so daß die deutsche Staatsbahn als einheitliche Verbrauchergruppe ihren gesamten Bedarf an Eisen- und Stahlzeugnissen auch bei einer geschlossenen Erzeugergruppe decken könnte.

Die Lokomotiv-, Waggonfabriken usw. sind ja seit vielen Jahren selbstorganisiert und haben ihren Abnehmern den Staatsbahnverwaltungen, die Preise diktiert. Nun wird der Verkauf sämtlicher Materialien an die Reichsbahnen privatkapitalistisch monopolisiert. Diese Zentralisation begrüßen wir allerdings, fordern aber einen gemeinwirtschaftlichen Zusammenschluß, den das Reich ausreichend kontrollieren kann.

Groß-Berlin

Hygienische Volksbelehrung.

Seit einiger Zeit besteht ein Landesausflug für hygienische Volksbelehrung, der dieser Tage eine Bezirksversammlung im Herrenhaus abhielt, die vom preussischen Volksbildungsministerium einberufen war. Professor Adam berichtete über die Tätigkeit des Ausschusses, die sich bisher fast ausschließlich auf Berlin und die Vororte erstreckt hat. Es wurden in den letzten Monaten 194 aufklärende Vorträge veranstaltet und zwar 88 über Geschlechtskrankheiten, 15 über Tuberkulose, 14 über Scharlach und Keuchhusten, 18 über andere Krankheiten, 51 sonstige Themen. Die Besucherzahl betrug 28.641, im Durchschnitt 218. Außerdem wurden Merkblätter verteilt, besonders in den Schulen.

In der lebhaften Diskussion kam allgemein zum Ausdruck, daß die hygienische Aufklärung von so ungeheurer Wichtigkeit sei, daß die Tätigkeit des Ausschusses auf eine breitere Grundlage gestellt und insbesondere auch auf die Provinz ausgedehnt werden müsse. Besonders hervorzuheben wurde die Wichtigkeit der gesundheitlichen Belehrung in der Schule und Fortbildungsschule. Dazu bedarf es aber der Hilfe der Gesetzgebung und der Unterstützung der Lehrerschaft. Der Vertreter des Zentralbildungsausschusses, Genosse Weismann, wies auf die Bedeutung der hygienischen Aufklärungsbildung namentlich auch unter der jugendlichen Jugend hin und befürwortete ein enger Zusammenarbeiten des Ausschusses mit den Jugendvereinen sowie mit den Arbeiterorganisationen, besonders den Gewerkschaften. Dabei sei die Verunsicherung und Wirtschaftskrisis sehr wichtig und die Tätigkeit des Ausschusses nach dieser Richtung hin auszubauen.

Von den Vertretern der preussischen Ministerium für Kunst, Wissenschaft und Volksbildung, sowie des Reichsministeriums des Innern wurde eine weitgehende Unterstützung der hygienischen Aufklärungsbemühungen zugesagt. Es sind außer in Preußen auch in den anderen Bundesstaaten bereits gleiche Ausschüsse ge-

bildet oder in der Bildung begriffen. Ebenso ist ein Reichsausschuss unter Leitung des Reichsministeriums des Innern im Werden, der seinen Sitz in Dresden haben wird. Besonders gewünscht wurde noch, daß die Preise in stärkerem Maße als bisher die hygienischen Aufklärungsbemühungen unterstützen möge. Soweit es sich um Arbeiterpreise handelt, dürfte diesem Wunsch sicher soweit als möglich Rechnung getragen werden.

Auf Lebensmittel hat es eine Diebstahlbande abgesehen, die in der Gegend des Berliner Bahnhofs ihr Unwesen treibt. Radfahrer bringen die Diebe in die Häuser ein und holen — wahrscheinlich mit Stangen, an denen Haken befestigt sind — durch die offene n Plurgenster die auf den Blumenbrettern stehenden Lebensmittel fort. Da die Gauner wahrscheinlich auch in anderen Stadtteilen zu „hantieren“ versuchen werden, sei vor ihnen gewarnt.

Vermischte Lokalnachrichten.

In der Rotwehrt erschossen hat der Kriminalnachrichtliche Hoffmann einen noch unbekanntem Mann von etwa 30 Jahren. Der Beamte wurde an der Ecke der Lange und Koppentstraße bei der Ausübung seiner Amtstätigkeit von dem Unbekannten tödlich angegriffen und schwer bedrängt, daß er zur Waffe griff und zwei Schüsse auf seinen Angreifer abfeuerte. Die Kugeln trafen diesen in Kopf und Brust so schwer, daß er tot zusammenbrach. Die Leiche wurde beschlagnahmt und nach dem Schaulause gebracht.

„Volk und Zeit“, unsere illustrierte Wochenchrift, liegt der heutigen Postausgabe bei.

Friedenau. Die Gemeindevertretung hat in ihrer letzten Sitzung einen Antrag der demokratischen Fraktion auf Gewährung billigerer Milch für Bedürftige angenommen und ebenso einen Zusatzantrag des Schöffen Friedel, wonach dem Lebensmittelamt 20000 M. zur Verbilligung der Milch für Unbemittelte und Bedürftige zur Verfügung gestellt werden. Aus diesen Mitteln sollen Kinder bis zum 2. Jahre, werdenden Müttern und Kranken, die Milchzeugnisse besitzen, Zuschüsse bis zur Höhe von 50 Proz. des heutigen Milchpreises gewährt werden. Die Verbilligung für Unbemittelte und Bedürftige soll sofort in Kraft treten.

Groß-Berliner Parteinaachrichten.

Konferenz der Gemeindevertreter.

Sonntag vormittag 10 Uhr im Sitzungssaal des Berliner Rathauses Konferenz der Gemeindevertreter von Groß-Berlin. Tagesordnung: Der augenblickliche Stand der Eingemeindungsfrage Groß-Berlin. Referent Genosse Bruns.

Es haben nur Gemeindevorsteher Zutritt, die Mitglieder der S. V. D. sind. Als Legitimation ist am Eingang das Mitgliedsbuch des zuständigen Wahlvereins vorzulegen.

3. Abt. Morgen 7½ Uhr bei Schneider, Röntgenstr. 5: Sitzung des Vorstandes, der Bezirksleiter und Vertrauensleute. Flugblätter können gleich in Empfang genommen werden.

Charlottenburg. Sonntag, vorm. 9 Uhr, von den bekannten Lokalen Flugblattverteilung. — Juristische Sprechstunde von 5-6 Uhr im Sekretariat, Röntgenstr. 4.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Arzt-Hochschule (Wilhelmshospital, Bellevuestr. 16). Der Vortrag: „Die Technik des täglichen Lebens“ ist am Montag, 7½ Uhr, veranlassen worden. Prof. Richter wird im Februar über „Die Wissenschaft vom deutschen Lande und Völkern“ sprechen. Die Vorträge finden am 3., 10., 17. und 24. Februar statt. — Bund technischer Angehöriger (Ostdeutscher Ethos). Deutscher 17. Reichsverband, Reichsstraße 147: Mitglieder-Versammlung. — Zur Reform der Sexualerziehung nach den Anforderungen der kriminalistischen Praxis wird Kriminalkommissar Dr. Kopp am 12. Februar, 7½ Uhr, Dabblstraße 24, einen Vortrag halten. — Arbeiter-Wasserport-Verband, Kreis 1. Sonntag, Dresden Garten, Dresden Straße 45: Ehrentag. — Spritzenverein: Sonntag, 10 Uhr, bei Allen, Ostendeb. — Zentralstelle für Eingangs. Sonntag 10 Uhr, außerordentliche Generalversammlung im Sophien-Gymnasium, Weinmeisterstraße 15.

Gewerkschaftsbewegung

Der vertrackte „Tarifvertrag“.

Das heilige Bestreben des Arbeitgeberverbandes deutscher Versicherungsunternehmungen, nach Rücktritt des Zentralverbandes der Angestellten sich in den beiden ihnen genehmen Gewerkschaftsbünden eine willfährige Gefolgschaft für den Abschluß eines Tarifvertrages zu schaffen, ist im letzten Moment noch in die Brüche gegangen. Die in dem von den Unternehmern im Tarifvertrag verlangte Selbstentmannung der Angestellten will der eine der Zwillingenbrüder, der Gewerkschaftsbund der Angestellten, nun doch nicht auf sich nehmen; er hat seinen Rücktritt von den Verhandlungen erklärt. Der Gewerkschaftsbund kaufmännischer Angestelltenverbände, die deutjannationale Gründung, ist natürlich noch wie vor bereit, den Strohmann zu spielen. Er hat seine Unterschrift unter den Vertrag gesetzt, was ihm schon im voraus nicht schwer wurde, als diese gelbe Gründung fast gar keine Mitglieder in der Branche beschäftigt hat.

Wahrscheinlich für die tariflichen Verhältnisse im Versicherungsgewerbe sind natürlich nicht die von den Gelben im Verein mit dem Arbeitgeberverband veridichten tariflichen Scherze. Die Berliner Versicherungsgewerkschaften haben in einer nachdrücklichen Kundgebung bereits dokumentiert, daß sie nicht mitwollen sind, sich nach dem Diktat des Arbeitgeberverbandes neben einer völlig ungenügenden Erhöhung der tariflichen Positionen noch eine erhebliche Verlängerung ihrer Arbeitszeit gefallen zu lassen. Sie haben bekanntlich das Reichsarbeitsministerium wegen Einsetzung eines Schiedsgerichtes angerufen und werden ihre weitere Stellung von dem Ausgang dieses Schiedsverfahrens abhängig machen.

Die Schutztruppe der Agrarier.

Aus Straßburg wird uns geschrieben: Am Mittwoch früh begannen hier in Straßburg die Verhandlungen für einen neuen Landarbeitervertrag für den Regierungsbezirk Straßburg. Die Vertreter der freien, der Reichlichen und der Ditsch-Landarbeiter Landarbeiterorganisationen erklärten übereinstimmend, daß sie bereit seien, in die Tarifverhandlungen sofort einzutreten. Gegenüber der Beteiligung der anwesenden Vertreter der im Kommerzien Landbund organisierten Arbeiter hätten sie nichts einzuwenden. Sie betrachten aber die Arbeiterorganisation des Landbundes als gelbe Gewerkschaft, deren Beteiligung zur Teilnahme an den Verhandlungen und vor allen Dingen am Abschluß eines Landarbeitervertrages nachzuprüfen sei. Sie ziehen gleichzeitig den zuständigen Schlichtungsausschuss zur Prüfung dieser Frage an. Seinem Schiedspruch bzw. einem zu bewirkenden höheren Schiedspruch würden sie sich unterwerfen.

Die Arbeitgeber des Landbundes erklärten demgegenüber, sie würden nur in die Tarifverhandlungen eintreten, wenn von den anderen drei Organisationen zuvor die Organisation der Landbundesarbeiter als gleichberechtigt anerkannt sei. Den Schlichtungsausschuss lehnten sie als ungenü-

